



Kürzungskrimi um die Schulstationen:

Alle Einrichtungen nach Protesten gerettet!

Das zweite Halbjahr 2025 war wie immer von den Haushaltsdebatten geprägt, genauer gesagt: von unserem Kampf, den unsozialen Kahlschlag im Haushaltsplan des Bezirksamtes abzuwenden. Im Zentrum standen die sogenannten Schulstationen: sozialpädagogische Einrichtungen an insgesamt vier Schulen im Bezirk, die Schülerinnen und Schüler beim Lernen unterstützen, aber auch Freizeitangebote und Beratung in Konflikten anbieten. Bei der Vorstellung des Haushaltsplanes im September erklärte das Bezirksamt die Schulstationen kurzerhand für kürzbar. Während es vorher immer geheißen hatte: „Kürzungen ja, Einrichtungsschließungen nein“, wurde das Undenkbare plötzlich denkbar: Die Mittel für die vier Schulstationen sollten wegfallen. Doch der Protest ließ nicht lange auf sich warten.

Es folgte ein regelrechter Kürzungskrimi: Unsere Verordneten ergriffen die Initiative im Jugendhilfeausschuss der Bezirksverordnetenversammlung und setzten sich dort für die Rettung

der Stationen ein. Wir konnten im ersten Schritt einen Plan erstreiten, wonach die Station an der Selma-Lagerlöf-Grundschule in Marzahn-Nord und die an der 36. Grundschule in Hellersdorf gesichert werden konnten. Die Einrichtungen an der Gretel-Bergmann-Gemeinschaftsschule sowie der 14. Schule mussten weiter zittern, weil CDU und SPD sich weigerten, über weitere Lösungen zu sprechen. Kurze Zeit später starteten Eltern von der Gretel-Bergmann-Gemeinschaftsschule eine Petition für den Erhalt ihrer Schulstation „Bruno“. Gemeinsam mit Angestellten sowie Schülerinnen und Schülern organisierten sie eine Protestkundgebung vor der Bezirksverordnetenversammlung am 20. November. Und tatsächlich: Das CDU/SPD-Bezirksamt, das gerade noch Schulsozialarbeit streichen wollte, ruderte zurück und verkündete noch am selben Tag, dass eine Lösung in Aussicht sei.

Inzwischen ist es bestätigt: Nicht nur „Bruno“ bleibt, sondern alle vier Schulstationen konnten gerettet

werden. Das freut uns sehr: Die Schulstationen leisten eine so wichtige Arbeit, dass sie aus dem Schulalltag nicht mehr wegzudenken sind. Andererseits ist für uns Linke auch klar: Wir dürfen uns von CDU und SPD keinen Sand in die Augen streuen lassen. Sie feiern sich als Retter von Einrichtungen, die nur durch ihre Kürzungen überhaupt in Gefahr geraten waren. Wochenlanges Chaos und Unsicherheit bei den betroffenen Schülerinnen und Schülern, Eltern und Angestellten wären vermeidbar gewesen! Und mehr noch: Es muss insgesamt Schluss sein mit den Kürzungen im Bildungssystem. Denn es geht um die Zukunft unserer Kinder und um Chancengerechtigkeit für alle!



Sarah Bigall & Bjoern Tielebein

Fraktionsvorsitzende

✉ sarah.bigall@linksfraktion-marzahn-hellersdorf.de

✉ bjoern.tielebein@linksfraktion-marzahn-hellersdorf.de



Trotz Baugenehmigungen und CDU-Versprechungen:

Weiter nur Ruinen auf dem Cecilienplatz

Jahrelang musste am Cecilienplatz regelmäßig die Feuerwehr anrücken, um in den Ruinen des Nahversorgungszentrums Brände zu löschen oder Gebäudeteile vor dem Absturz zu retten. Eine Gefahr für Leib und Leben der Feuerwehrleute und eine wahnsinnige Verschwendung von Steuergeldern! Immerhin: Auch hier gab es im Laufe des vergangenen Jahres gute Neuigkeiten. Das Bezirksamt ließ die Ruinen mit Metallplatten versiegeln und hat dadurch endlich die

Brandgefahr gebannt.

Doch nun ist erneut Stillstand eingetreten, und das, obwohl für das Grundstück der Ruinen bereits Baugenehmigungen vorliegen und obwohl die CDU uns weiterhin Wunder verspricht. Daher bleiben die Gerüchte über einen insolventen Eigentümer hartnäckig im Umlauf. Für den Eigentümer sind Leerstand und Verfall durchaus rentabel: Er muss einfach nur die weitere Preissteigerung abwarten und könnte seine Immobilien dank der

Baugenehmigungen später sehr teuer verkaufen.

Grundlegend geändert hat sich schon seit Jahren nichts: Bereits im Januar 2019, also vor fast sieben Jahren, veröffentlichte das Bauunternehmen Heftol Group auf seinem Instagram-Profil eine Simulation von zwei Wohntürmen am Kaulsdorfer Cecilienplatz. Und tatsächlich: Für die Hausnummern Cecilienplatz 10 und 12 liegt die Baugenehmigung bereits seit Herbst 2023 vor, Ende 2024 folgte die Genehmigung für Hausnummer 11. Genehmigt wurden drei Wohnhochhäuser mit insgesamt fast 300 Wohnungen. Aber langsam wird die Zeit knapp. Ein Bauherr hat ab Erteilung der Baugenehmigung genau zwei Jahre Zeit, um mit dem Bau zu beginnen. Das heißt: Bald erlöschen die Baugenehmigungen, falls bis dahin nicht entweder der Bau startet oder eine Verlängerung beantragt wird.

Der Stillstand am Cecilienplatz ist umso absurder, weil drumherum schon jetzt überall Bewegung ist: An der alten Post und hinter dem Spree-Center sowie jenseits der Cecilienstraße sind bereits zahlreiche Baustellen, insgesamt 1400 Wohnungen sollen hier in den nächsten Jahren entstehen. Auch hier wieder ohne Bürgerbeteiligung, wie es beim CDU-Bezirksamt inzwischen üblich ist.



**Immer auf dem Laufenden bleiben:
Jetzt den Newsletter der
BvV-Fraktion abonnieren!**

www.linksfraktion-marzahn-hellersdorf.de/newsletter



Helene-Weigel-Platz:

Hochhauspläne auf dem Westteil gestoppt, Ostseite privatisiert

Auch der Helene-Weigel-Platz hat ein ereignisreiches Jahr hinter sich. Nicht nur wegen der Baustelle, die für große Teile des Jahres den gesamten Fußgängerverkehr auf dem Platz lahmlegte, damit unterirdische Wasserrohre erneuert werden können. Und auch die Bauzäune, die inzwischen rund um das Alte Marzahner Rathaus aufgebaut worden sind und bereits von dessen Sanierung kündigen, sind nicht alles, was sich am Helene-Weigel-Platz bewegt hat. Denn sowohl für den westlichen Platzteil (Brunnen, Nahversorgungszentrum & Co.) wie auch für den östlichen Teil (Gebäude des ehemaligen Kino Sojus) haben sich im vergangenen Jahr neue Entwicklungen ergeben.

Nachdem im Winter 2023/24 erste Neubaupläne für den westlichen Teil des Platzes bekanntgeworden waren, hatte sich eine Anwohnerinitiative gegründet. Ihr Ziel: massive Nachverdichtung in Form von neuen Hochhäusern verhindern und Bürgerbeteiligung sicherstellen. Anfang 2025 intensivierte die Initiative ihre Bemühungen in der Kommunalpolitik: Insbesondere eine Diskussionsveranstaltung mit dem Architekten Prof. Wolf Eisentraut und der seinerzeit frisch gewählten neuen Linken Bundestagsabgeordneten Katalin Gennburg im Januar brachte frischen Wind in die Aktivitäten der Anwohnerinnen und Anwohner. Kurze Zeit später sammelten Mitglieder der Initiative über 2000 Unterschriften für einen Einwohnerantrag. Am 20. März



übergaben sie den Umschlag mit den Unterschriften an den Vorsteher der Bezirksverordnetenversammlung (BVV). Drei Monate später, nämlich am 26. Juni, beschloss die BVV den Antrag. Damit ist das Bezirksamt seither verbindlich aufgefordert, dreierlei zu gewährleisten: 1) umfassende Bürgerbeteiligung, 2) eine Priorisierung der Infrastrukturentwicklung vor Ort, d. h. Kleingewerbe, ärztliche Versorgung, Bürgerdienste, Kita- und Schulplätze sowie Parkplätze, und 3) die Berücksichtigung moderner Klimaschutzstandards. Und tatsächlich: Die Neubaupläne für den Westteil des Platzes sind seither vom Tisch, sogar die CDU ruderte zurück und behauptet seither, das Bauvorhaben von Beginn an nicht unterstützt zu haben.

Daher hat sich der Hauptschauplatz der Debatten nun auf den Ostteil des Platzes verschoben:

Im Sommer warb die örtliche CDU zunächst für Professor Eisentrauts Vorschlag, das Gebäude des Sojus als Sockel in einen kommenden Neubau einzubinden, um auf diese Weise einen Veranstaltungsraum zu schaffen. Doch das scheint ein Ablenkungsmanöver gewesen zu sein. Im September wurde bekannt, dass hinter verschlossenen Türen bereits Fakten geschaffen wurden: Das Bezirksamt hat große Teile der Parkplätze auf dem Helene-Weigel-Platz Ost, also rund um das Sojus herum, an die Wohnungsgesellschaft Berlinovo vergeben. Damit sind die Voraussetzungen für den Bau neuer Wohntürme geschaffen, wieder einmal völlig intransparent und ohne jegliche Beteiligung der Anwohnerschaft.



Mehr Hin und Her geht nicht:

Ob Marzahn-Hellersdorf ein Freibad bekommt, bleibt weiter unklar

Die Wendungen rund um das jahrelang versprochene Freibad im Bezirk sind mittlerweile so zahlreich geworden, dass es schwerfällt, den Überblick zu behalten. Ganz zu Anfang des Jahres, im Januar nämlich, verkündete der Berliner Senat zunächst, dass das Kombibad (Schwimmhalle + Außenbecken) den Haushaltskürzungen zum Opfer gefallen sei und nun bloß eine einfache Typenschwimmhalle realisierbar sei. Doch schon Anfang Februar teilte plötzlich das Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf mit, dass es weiter am Bebauungsplan für ein sogenanntes

„Multifunktionsbad Kienberg“ im Jelena-Šantić-Friedenspark arbeite, und legte bis Ende März die entsprechenden Unterlagen öffentlich aus. Dabei handelte es sich höchstwahrscheinlich um eine weitere Nebelkerze: Denn der Senat stellt weiterhin nur Geld für eine Schwimmhalle bereit. Außenanlagen und konkret ein Freibad kommen in den Plänen also nur als frommer Wunsch vor. Über den Sommer verstärkte Die Linke im Bezirksparlament daher ihre Forderung nach einer Legalisierung von Badestellen an den Seen im Bezirk. Denn es

bleibt weiter völlig unsicher, ob ein richtiges Freibad kommt, und selbst wenn es kommt, wird das noch Jahre dauern.

Im September dann traten Innen-senatorin Iris Spranger (SPD) und Bezirksbürgermeisterin Nadja Zivkovic (CDU) erneut an die Öffentlichkeit. Die Finanzierung des „Funktionsbades“ am Kienberg sei inzwischen gesichert, nämlich über das sogenannte „Sondervermögen Infrastruktur“ der Bundesregierung. Mit einem Baubeginn sei für 2027 zu rechnen. Doch die Berliner Bäderbetriebe haben einen anderen Zeitplan veröffentlicht, das erweckt wenig Vertrauen in die neuen Infos. Außerdem sind die Aussagen von Spranger und Zivkovic so uneindeutig und unverbindlich, dass weiter unklar ist, ob und gegebenenfalls wann ein Außenbecken an der Schwimmhalle ergänzt werden kann. Zur Finanzierung des Außenbeckens fehlt nach wie vor eine klare Zusage. Es bleibt also spannend. Geld aus dem Sondervermögen des Bundes sowie aus der sogenannten „Sport-Milliarde“ würde grundsätzlich zur Verfügung stehen, aber offenbar fehlt bei der Schwarz-Roten Koalition im Berliner Senat nach wie vor der politische Wille, ein Freibad in Marzahn-Hellersdorf umzusetzen. Die Nachbarinnen und Nachbarn müssen weiter auf dem Trockenen sitzen oder ohne Toiletten, Rettungsschwimmer, Sicherheit und Ordnung in den Seen des Bezirks baden.

Kontakt zur Fraktion

**Die Linke Fraktion in der
BVV Marzahn-Hellersdorf**
Premnitzer Straße 13,
12681 Berlin

☎ 030 902935820 | 0155 60020818
✉ linksfraktion-marzahn-hellersdorf.de
🌐 kontakt@linksfraktion-marzahn-hellersdorf.de
📘 fb.com/LinksfraktionMarzahnHellersdorf
🐦 twitter.com/LinksfraktionMH

Sprechzeiten

Montag 15 - 17 Uhr
Dienstag 10 - 12 Uhr
Mittwoch 15 - 18 Uhr
Donnerstag 12 - 16 Uhr

